



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schul- und Kulturausschusses (KSchA/XV/013/2011)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 11.05.2011
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17.40 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Christina Stoye-Grunau

stellv. Vorsitzende/r

Frau Margrit Bächle-Fiks

Ausschussmitglieder

Herr Günter Ammermann

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Hendrik A. W. Hamer

Herr Bonné Harms

Frau Beatrix Kuhl

Frau Heike Nicolai

Herr Paul Foest

Vertreter für Herrn Rebels

Herr Remmer Schröder

Vertreter für Herrn H. Fricke

Frau Beate Stammwitz

beratende Mitglieder

Herr Johann Henning Keitel

Herr Robert Meyer

stimmber.ber.Mitglieder

Frau Barbara Kalwas Vertreterin der Lehrerschaft

Herr Joachim Plum Vertreter der Elternschaft

stellv.stimmber.ber.Mitglieder

Frau Manuela Feldmann

Verwaltung

Herr Heinz Hauschild Erster Stadtrat

Frau Doris Ulfers-Brandt

Herr Björn Steinau

Herr Jens Meyer Protokollführer

Gäste

Frau Gerta Berghaus Landesschulbehörde (bis TOP 6)

Herr Fritz-Rudolf Brahms Vorsitzender Zollhausverein (TOP 1 - 4)

Herr Eerke-Ivo Bruns Schatzmeister Zollhausverein (TOP 1 - 4)

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Hans Fricke

Herr Ernst Gerold Rebels

beratende Mitglieder

Frau Doris Brahms

Frau Sibylle Fette

Frau Birgit Runden

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 16.11.2010 (KSchA/XV/012/2010)
3. Pflichtenbelehrung eines beratenden, nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitgliedes
4. "Zollhaus", Sachstandsbericht durch den Vereinsvorsitzenden
5. "Ganztagsschule"
- Vorlage wird nachgereicht -
Vorlage: 9.82/XV/1297/2011
6. Regionales Integrationskonzept
Vorlage: 9.82/XV/1292/2011
7. Gewährung von kulturellen Fördermitteln
Vorlage: 9.82/XV/1294/2011
8. Theaterspielplan 2011/2012
Vorlage: 9.82/XV/1296/2011
9. Aufführungen der Landesbühne;
hier: Änderung der Preisgestaltung
Vorlage: 9.82/XV/1256/2011
10. Informationen
11. Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Stoye-Grunau eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest. Besonders begrüßt sie die Gäste Frau Berghaus sowie die Herren Brahms und Bruns.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 16.11.2010 (KSchA/XV/012/2010)

Beschluss (9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen):

Die Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 16.11.2010 (KSchA/XV/012/2010) wird genehmigt.

TOP 3 Pflichtenbelehrung eines beratenden, nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitgliedes

Die Vorsitzende nimmt die Verpflichtung der stimmberechtigten, beratenden Mitglieder in Schulangelegenheiten Frau Feldmann und Herrn Plum vor. Sie weist auf die Pflichten gem. NGO hin. Ein Abdruck der §§ 25 – 27 NGO wird während der Sitzung an die beratenden Mitglieder ausgehändigt.

TOP 4 "Zollhaus", Sachstandsbericht durch den Vereinsvorsitzenden

Der Vorsitzende des Zollhausvereins, Herr Brahms gibt einen Sachstandsbericht. Er verweist auf die schwierigen Zeiten, die der Zollhausverein in der Vergangenheit durchleben musste. Insbesondere die ständigen finanziellen Probleme und hier die Jahre 2009 und 2010 haben den Verein in eine sehr schwierige Lage gebracht. Zur Verbesserung beigetragen haben der Verzicht auf eine hauptamtliche Geschäftsführung und die Trennung von einigen Aushilfskräften sowie auch die Vermietung der Gastronomie. Diese Maßnahmen haben wesentlich zur Konsolidierung der Finanzen beigetragen. Auch werden nur noch kulturelle Angebote ins Programm genommen, die ohne hohes finanzielles Risiko durchgeführt werden können. Die Vermietung von Räumen an Kulturschaffende (z.B. Radio Ostfriesland, Akkordeon Orchester, VHS, Jugendzentrum) trägt, wenn auch nur im geringen Maße, zur positiven Entwicklung der Finanzen bei. Es ist immer wieder erfreulich festzustellen, wie sich Privatpersonen und Firmen für das Zollhaus einsetzen, in dem sie z.B. gewinnbringende Veranstaltungen sponsern.

Der Schatzmeister des Zollhausvereins, Herr Bruns, berichtet, dass der Verein versuchen muss, sowohl die laufenden Kosten zu tragen, als auch die sog. Altlasten zu tilgen. Mit ursächlich für die Schulden sind kulturelle Veranstaltungen mit hohem Defizit sowie die eingestellte Landesförderung, nachdem die Stadt und der Landkreis die Zuschüsse eingefroren hatten, weil der Verein die Bilanzen nicht rechtzeitig vorlegte. Der Zollhausverein führt Gespräche mit dem Land, keine weiteren Rückforderungsansprüche geltend zu machen sowie die Landesförderungen wieder aufleben zu lassen. Durch die Umstellung der Zahlungsweise für die Zuschüsse der Stadt von jährlich und nachträglich in monatlich, wurde dem Verein eine große Planungs- und Handlungssicherheit gegeben. Zwischenzeitlich ist es gelungen, die kurzfristigen Verbindlichkeiten von über 80.000 € um rd. 20.000 € zu senken. Weitere Maßnahmen der Schuldenreduzierung sind geplant. Die bisher gültige Konzeption aus dem Jahre 2008 wird nicht mehr in dem Maße verfolgt. Man befindet sich nun auf einem alternativen Weg. Eine inhaltliche Neuausrichtung und die neue Außendarstellung des Zollhauses sind für die nächsten Monate in der Planung. Nach deren Abschluss wird das Ergebnis der Stadt vorgelegt.

Herr Brahms bedankt sich für die bisherige Unterstützung der Stadt und bittet diese fortzuführen, da hierauf auch in der Zukunft nicht verzichtet werden kann.

Frau Stammwitz erkundigt sich, wie die Stadt über die Zahlung von Zuschüssen hinaus den Verein unterstützen könnte.

Herr Brahms führt hierzu aus, dass der Zoll immer noch an seinen Rechten an den seit Jahren ungenutzten Räumen im vorderen Teil des Zollhauses festhält. Die großen Räume sind heruntergekommen und ungenutzt. Der Zollhausverein könnte diese Räume für den Eigenbedarf verwenden oder auch vermieten, was wiederum zur Verbesserung der finanziellen Lage beitragen könnte. Als Ausgleich für das Nutzungsrecht verlangt der Zoll eine Ablöse von 100.000 € oder die Übernahme der Mietkosten für neu anzumietende Büros. Beides kann der Zollhausverein nicht leisten. Auch die um Hilfe gebetenen Bundestagsabgeordneten konnten die Situation nicht verbessern. Hier könnte die Stadt/Politik ihre Einflussmöglichkeiten für den Zollhausverein einsetzen.

Herr Hamer erkundigt sich, wer jetzt beim Zollhaus ohne Geschäftsführer plant und entscheidet und ob der Verein nach dem Schuldenabbau in der Lage sein wird, die erforderlichen Investitionen zum Erhalt des Zollhauses zu leisten.

Herr Bruns antwortet, dass die Anfragen für die Vergabe des Zollhauses bei der angestellten Veranstaltungskaufrau eingehen. Anschließend entscheidet der Vorstand über die Durchführung. Die sehr hohen Energiekosten und auch die sonstigen Belastungen kann der Verein mittlerweile wieder tragen. Zusätzliche Einnahmen, wie sie durch die Vermietung der Zollräume zu erzielen wären, könnten die Lage verbessern. Auch hofft man, am Projekt „Sanierung Handelshafen/Nesse/Dock“ partizipieren zu können.

Herr Foest begrüßt, dass der Verein durch die Zuschüsse von Land, Landkreis und Stadt die laufenden Ausgaben decken kann und weitere Verbesserungen der Finanzen geplant sind. Die Erfahrungen aus den letzten 10 Jahren haben jedoch leider gezeigt, dass alle bisherigen Planungen nicht gefruchtet haben. Deshalb ist er weiterhin skeptisch, dass der Verein auch die rd. 700.000 € Schulden für das Gebäude langfristig abtragen kann.

Herr Brahms stellt klar, dass die Schulden für das Gebäude stets bedient wurden und nicht das Problem darstellen. Nur die laufenden Kosten waren in der Vergangenheit aus dem Ruder gelaufen.

Frau Bächle-Fiks vertraut auf die Bodenständigkeit des Vorstands und darauf, dass bei den zu treffenden Entscheidungen auch die finanziellen Aspekte hinreichend berücksichtigt werden.

TOP 5 **"Ganztagsschule"**
Vorlage: 9.82/XV/1297/2011

Frau Bockhöfer kritisiert die aus ihrer Sicht unzureichende Vorlage der Verwaltung. Sie vermisse, welche Inhalte der Ganztagsschule von wem nachgefragt werden, z.B. an der Hoheellernschule. Der Sinn des Angebotes ist nicht ausreichend dargelegt. Auch der Bedarf wurde nicht ermittelt. Die Rahmenbedingungen sind für die Schulen unzureichend.

Herr Hauschild erklärt die Ausgangslage für die Vorlageerstellung. Der Inhalt der Vorlage ist nicht die Einrichtung von Ganztagsschulen, vielmehr hat der Landkreis Leer ein Angebot unterbreitet, Ganztagsschulen zu fördern, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Die Bedingungen sind eine Ausgestaltung der bestehenden gesetzlichen Vorgaben. Die Schulen können jetzt entscheiden, ob sie auf dieser Basis ein Ganztagsangebot schaffen wollen.

Frau Berghaus sieht die Ganztagsschule als pädagogische Antwort auf die Entwicklung in der heutigen Gesellschaft. Allerdings benötigt jede Schule Zeit, um hier ihren individuellen Weg zu finden. Hierfür bedarf es einer breit angelegten Diskussion über die Ganztagsschule überhaupt sowie einer fachlich pädagogischen Erörterung. Sie schlägt einen Erfahrungsaustausch mit Schulen vor, die bereits Ganztagsschule geworden sind, um hier konstruktiv und transparent die Bedingungen und Inhalte zu diskutieren. Die vorliegenden Rahmenbedingungen stellen inhaltliche Eingriffe in individuell zu treffende schulische Entscheidungen dar. Auf Nachfrage erklärt sie, dass zusätzliche Landesmittel weiter nicht zur Verfügung stehen.

Frau Kalwas informiert Frau Berghaus darüber, dass in der Stadt bereits seit ca. 2002 ausreichend über Ganztagsschulen diskutiert worden ist. Frau Bramlage hat zudem in einer Sitzung des Schul- und Kulturausschusses in der Hoheellernschule ausführlich über deren Arbeit und Angebot informiert. Die Hoheellernschule hatte

sich für die gebundene Form der Ganztagschule entschieden. Das Land hat bekanntlich nur die offene Ganztagschule genehmigt. Somit ist das Land und nicht die Stadt Ansprechpartner für die unzureichende Ausstattung der Ganztagschulen mit Lehrerstunden. Durch den Zuschuss der Stadt und mit sehr viel Engagement der Schulleitung und des Kollegiums ist es an der Hoheellernschule gelungen, ein qualitativ hochwertiges Angebot vorzuhalten.

Frau Kuhl lehnt die Beschlussvorlage ab, da sie nach ihrer Auffassung sonst auch einem Stundenlohn von 18,50 €, den Einsatz von nicht fachlichem Personal sowie hohe Investitionskosten für die Stadt mittragen würde. Wenn zusätzliche Ganztagschulangebote geschaffen werden sollen, komme für sie nur die gebundene Form in Frage. Das Land soll diesbezüglich aufgefordert werden, die dafür erforderlichen Lehrerstunden zu genehmigen.

Frau Bockhöfer beantragt, die Beschlussfassung zu vertagen und vorher in eine fachliche Diskussion einzutreten.

Herr Hauschild verdeutlicht nochmals, dass die Erfüllung der zusätzlichen Bedingungen eine finanzielle Beteiligung des Landkreises nach sich zieht. Er macht ebenfalls deutlich, dass die Diskussion der Bedingungen in diesem Ausschuss zu keiner Änderung führen kann, da der Landkreis diese als Vorgabe klar festgelegt hat. Unabhängig davon kann eine Schule in Leer auch weiterhin individuell auf der Basis der gesetzlichen Vorgaben Ganztagschule werden, auch ohne diese Bedingungen zu erfüllen. Lediglich die finanzielle Beteiligung des Landkreises entfällt dann.

Frau Bächle-Fiks ist der Auffassung, dass das Ganztagschulthema in der Vergangenheit umfassend diskutiert wurde. Es obliegt allein der Schule zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie den Weg zur Ganztagschule gehen möchte. Wenn sie dabei die zusätzlichen Bedingungen erfüllt, kann sie zusätzlich auch die Gelder vom Landkreis erhalten. Umfragen zur Bedarfsermittlung ergeben oft ein falsches Bild. Ein vormals leichtfertig signalisiertes Interesse an einem Angebot wird im Nachhinein vielfach dann doch nicht genutzt.

Frau Berghaus revidiert ihre vorherigen Ausführungen. Ihr war nicht bewusst, dass es in Leer bereits eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema gegeben hat. Auch sei sie davon ausgegangen, dass die Rahmenbedingungen noch mit dem Landkreis verhandelbar wären.

Herr Hamer fasst zusammen, dass es nur Geld vom Landkreis gibt, wenn die Bedingungen auch erfüllt werden. Gemäß Vorlage bedarf es eines gesonderten Beschlusses, wenn eine Schule konkret ein Ganztagsangebot einführen möchte. Da nichts dagegen spricht, sollte man nun gem. Vorlage beschließen.

Frau Nikolai spricht sich ebenfalls für eine Beschlussfassung gem. Vorlage aus.

Frau Kuhl stellt einen Antrag auf Vertagung, da die städt. Grundschulen diese Bedingungen ablehnen. Sie begrüßt die Errichtung von Ganztagschulen, die Rahmenbe-

dingungen sind jedoch nachzubessern. Gleichzeitig sollte man mit den Verantwortlichen in einen intensiven Dialog treten und einen gemeinsamen Konsens zur Errichtung von Ganztagsschulen zu finden, der wirklich zur Errichtung von Ganztagsschulen führt.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Der Antrag von Frau Bockhöfer, die Beschlussfassung zu vertagen und vorher in die fachliche Diskussion einzutreten wird mit 3 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Anschluss daran wird über den von Frau Kuhl gestellten Antrag abgestimmt. Dieser wird mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss (9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung):

Um ein positives Signal für die städt. Grundschulen zu setzen, wird dem Rat der Stadt Leer vorgeschlagen, dem unter Buchstabe b) dargestellten Rahmenkonzept zuzustimmen unter dem Vorbehalt, dass

- a) die Haushaltsgenehmigungen für das jeweilige Jahr erteilt werden,
- b) die sog. „Bedingungen“ in dem gesetzten finanziellen Rahmen geleistet werden können.

Zur konkreten Einführung einer städt. Ganztagsgrundschule bedarf es eines gesonderten Beschlusses.

**TOP 6 Regionales Integrationskonzept
Vorlage: 9.82/XV/1292/2011**

Ohne Wortmeldung erging folgender

Beschluss (einstimmig):

Die Stadt Leer beteiligt sich ab 01.08.2011 zusätzlich mit der Eichenwallschule und der Ludgerischule am „Regionalen Integrationskonzept für die Stadt Leer und die Gemeinde Jemgum“, sofern die personellen Voraussetzungen geschaffen werden und der Stadt keine Kosten entstehen.

**TOP 7 Gewährung von kulturellen Fördermitteln
Vorlage: 9.82/XV/1294/2011**

Herr Hauschild weist auf einen Additionsfehler in der Anlage „Gewährung von kulturellen Fördermitteln“ hin und bittet, statt 40.043,07 € den Betrag gegen 41.243,07 € zu ersetzen.

Nach Fertigstellung der Vorlage sind noch Anträge vom Shanty Chor Bingum über einen Zuschuss für die Erneuerung seiner Beschallungs- und Verstärkeranlage sowie vom Leeraner Kultur- und Verkehrsverein für „seinen gewohnten Beitrag“ zu den kulturellen Veranstaltungen Leers eingegangen. Die Verwaltung schlägt vor, dem Shanty-Chor einen Zuschuss in Höhe von 200 € zu bewilligen. Dem Leeraner Kultur- und Verkehrsverein sollte ein pauschaler Zuschuss von 200 € je Veranstaltung für maximal 3 Veranstaltungen bewilligt werden.

Herr Schröder würdigt die Arbeit der Tucholsky Kulturbörse. Er beantragt, die 11 Veranstaltungen nicht mit je 200 €, sondern mit 250 € (= 2.750 €) zu bezuschussen.

Herr Hamer verweist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz. Auf Ausnahmen sollte verzichtet werden. Wenn erhöht wird, dann müsse dies für alle Vereine gelten.

Auch Frau Bockhöfer spricht sich für die Einhaltung des Gleichheitsprinzips aus.

Frau Stoye-Grunau weist darauf hin, im Gegensatz zu den anderen Vereinen entstehen der Tucholsky Kulturbörse durch die Künstlergagen wesentlich höhere Kosten. Somit wäre eine Erhöhung nur für diesen Verein vertretbar.

Frau Bächle-Fiks verweist auf die in den letzten Jahren deutlich erhöhte Förderung an die Tucholsky Kulturbörse. Eine weitere Steigerung ist nicht zu vertreten.

Herr Foest errechnet, dass der Zollhausverein und die Tucholsky Kulturbörse schon 90 % der kulturellen Förderung erhalten. Eine weitere Steigerung kommt einer Abwertung der anderen Vereine gleich.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Schröder, über die nachträglich eingegangenen Anträge sowie über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlüsse:

Der Antrag von Herrn Schröder, die Förderung der Tucholsky Kulturbörse von 200 € auf 250 € je Veranstaltung zu erhöhen wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Bezuschussung des Shanty-Chors Bingum mit 200 € wird einstimmig zugestimmt.

Der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 200 € je Veranstaltung für maximal 3 Veranstaltungen des Leeraner Kultur- und Verkehrsvereins wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

Beschluss (einstimmig):

Abgesehen von den Beträgen, über deren Auszahlung Grundsatzbeschlüsse vorliegen, wird den Vorschlägen zugestimmt.

TOP 8 Theaterspielplan 2011/2012
Vorlage: 9.82/XV/1296/2011

Herr Hamer dankt für die gute Präsentation der Stücke durch die Landesbühne in der alljährlich tagenden Spielplankommission.

Der Ausschuss nimmt den Theaterspielplan 2011/2012 zustimmend zur Kenntnis.

TOP 9 Aufführungen der Landesbühne;
hier: Änderung der Preisgestaltung
Vorlage: 9.82/XV/1256/2011

Frau Bächle-Fiks bezeichnet die Preisgestaltung des Theatereintritts als immer noch günstig im Verhältnis zum Eintritt für einen Kinobesuch.

Herr Schröder beanstandet, die teilweise unzureichende Heizungsregelung im „Theater an der Blinke“.

Herr Hamer kritisiert die unzureichende Beleuchtungsorganisation. Außerdem hält er es für erforderlich, dass immer ein Klavier auf der Bühne zur Verfügung steht.

Frau Bächle-Fiks erwidert, ein Klavier passt nicht zu jeder Veranstaltung. Bei den großen Kulissen der Landesbühne kann ein Klavier sogar im Wege stehen.

Frau Ulfers-Brandt erklärt, es habe Probleme mit der Heizung gegeben. Laut Mitteilung des Landkreises wird an einer Optimierung gearbeitet.

Beschluss (einstimmig):

Den dargestellten Preisanpassungen wird zugestimmt.

TOP 10 Informationen

- a) Herr Hauschild teilt mit, in der Zeit vom 23.11 bis 25.11.2010 wurde an der Schule Logabirum die Nachinspektion der Nds. Schulinspektion durchgeführt. Die Schule Logabirum hat die Überprüfung bestanden.
- b) Herr Hauschild weist auf die bevorstehende „Jüdische Woche“ hin, die in der Zeit vom 23. bis 29. Mai 2011 in Leer stattfindet. Es wird ein Spektrum vielfältiger Veranstaltungen geboten. Näheres ist der Einladung sowie dem Veranstaltungsflyer zu entnehmen. Diese Unterlagen werden in den nächsten Tagen versandt.

TOP 11 Anfragen

Keine.

Die Vorsitzende schließt um 17.40 Uhr die Sitzung.

gez. Christina Stoye-Grunau

gez. Wolfgang Kellner

gez. Jens Meyer

Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführer

F.d.R.:

Protokollführer